



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Alexander König, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter (CSU)

Kommunen unterstützen – Kommunen bei Entlastungsmaßnahmen nicht vergessen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt die Leistungen an, die die Kommunen während der Corona- und Migrationskrise erbracht haben. Sie stellen das Rückgrat Bayerns dar und sind für die Lebensqualität in Bayern existenziell. Sie sind durch die aktuelle Entwicklung auf den Energiemärkten zusätzlich stark belastet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass auch die Kommunen als Träger der örtlichen Versorgungsstrukturen, die maßgeblich von den Energiepreissteigerungen betroffen sind, an den vom Bund zu realisierenden Entlastungsmaßnahmen, insbesondere bei den Gas- und Fernwärmebezugskosten, angemessen partizipieren können.

Begründung:

Im Freistaat gibt es mehr als 2 000 Kommunen. Diese stellen das Rückgrat der bayerischen Verwaltung dar und sichern den Erhalt der Lebensqualität in Bayern. Neben den in der jeweiligen örtlichen Gemeinschaft wurzelnden Aufgaben trifft sie insbesondere die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des ÖPNV und der Grundversorgung.

Daher betrifft gerade die Kommunen die Energiekrise in erheblichem Ausmaß. Sollte deren Leistungsfähigkeit durch die gestiegenen Preise gefährdet sein, wird dies unmittelbare Auswirkung auf die Lebensqualität der Bürger vor Ort haben. Die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen führt dazu, dass hierdurch gerade auch die in der Verfassung garantierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefährdet wird.

Umso bedauerlicher ist es, dass die Experten der Gas- und Wärmekommission des Bundes in Ihrem jüngst vorgelegten Vorschlag „Sicher durch den Winter“ die Kommunen völlig unberücksichtigt gelassen haben. Dies muss dringend korrigiert werden.